



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 18.01.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 24. Januar 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. **11-F-33-0039**

Klimaschutz in Wiesbaden - Bilanz und Perspektiven
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 00131 vom 29.11.2011

ANLAGE
- 2.1 **11-F-03-0062**

Windkraft in Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0073, Ziffer 4 vom
20.09.2011,

ANLAGE

3. 12-A-51-0001

Projekt "Earth Hour"
Präsentation durch den Magistrat - Dezernat II-

Die Aussprache hierüber ist für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 06.03.2012 vorgesehen.

4. 12-F-33-0001

Energetische Stadtsanierung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.01.2012

Das Projekt „Energetische Stadtsanierung“ unterstützt Kommunen bei ihrem Bestreben mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung umzusetzen. Antragsteller sollen Kommunen sein, die für die Erstellung integrierter Sanierungskonzepte und das Engagement von Sanierungsmanagern, bezuschusst werden. Das Projekt befindet sich derzeit noch in der Startphase. Pro Bundesland werden momentan bis zu fünf Pilotprojekte unterstützt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sauberkeit und Energie möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,
ob und wie Wiesbaden an diesem Projekt teilnehmen und von den Fördergeldern profitieren kann.

5. 12-F-33-0002

Nutzung von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.01.2012

Beim jährlichen „Papieratlas- Städtewettbewerb“ wird die „Recyclingpapier-freundlichste Stadt Deutschlands“ gesucht. Der Vergleich für das Jahr 2011 hat ergeben, dass von Wiesbaden bei einem Bürobedarf von 26.071.000 DIN A4 Blättern jährlich, lediglich 60,61 % Recyclingpapier benutzt werden. Mit diesem Wert hat die Stadt Wiesbaden es beim Vergleich von 88 Städten nicht einmal unter die besten 10 geschafft.

Der Ausschuss für Umwelt, Sauberkeit und Energie möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- geeignete Maßnahmen zu einer substantiellen Erhöhung des Anteils von Recycling-Papier in der Stadtverwaltung zu ergreifen sowie
- in der August-Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sauberkeit und Energie über die ersten Ergebnisse zu berichten.

6. 12-F-33-0003

Anschluss der Mauritiusgalerie an die Nahwärmeinsel - Kleine Schwalbacher Straße
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.01.2012

Über die Nahwärmeinsel „Kleine Schwalbacher Straße“ werden seit 2008 gewerbliche und private Anwohner der Kleinen Schwalbacher Straße mit Fernwärme versorgt. Die dafür benötigte Energie wird über einen Wärmetauscher in der Schützenhofstraße umweltfreundlich und CO₂-frei aus der Thermalenergie des Kochbrunnens transferiert. 2010 konnten so aus 67.500 m³ Thermalwasser 435.000 kW/h gewonnen und 43.500 l Heizöl bzw. respektive 122 t Kohlendioxideingespart werden (Wiesbadener Tagblatt vom 02.11.2011). Die Nahwärmeinsel ist somit ein strategischer Baustein zur Erreichung des Wiesbadener Klimaschutzzieles im Jahr 2020 mindestens 20 % des Energiebedarfes Wiesbadens aus erneuerbaren Energien zu decken.

Die Mauritiusgalerie befindet sich im Eigentum des Stadtkonzerns. In den Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden wird derzeit über eine Verlegung der Stadt- und Musikbibliothek in die Mauritiusgalerie diskutiert.

Zur weiteren Steigerung des Anteils an Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch der Landeshauptstadt Wiesbaden und als weiterer Schritt zum Erreichen des Klimaschutzzieles 20-20-20 ist ein Anschluss der Mauritiusgalerie an die Nahwärmeinsel sinnvoll und notwendig. Die dazu notwendigen Leitungskapazitäten sind vorhanden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür zu sorgen, dass der Baukomplex Mauritiusgalerie an die Nahwärmeinsel „Kleine Schwalbacher Straße“ angeschlossen wird.

7. 12-F-33-0004

Floßhafen Kostheim

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.01.2012

Der Floßhafen in Kostheim verlandet zunehmend. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf das Landschaftsbild oder die Freizeitnutzung von Bootsbesitzern, sondern durch die Verlandung wird auch der Lebensraum für die Fischfauna und sonstiger Wassertiere immer kleiner.

Durch den Verschluss des ehemals durchströmten Altarms am Main, ist seit vielen Jahren der Fischaufstieg vom Rhein in den Main durch den Floßhafen nicht mehr möglich. Dadurch wird die Funktion des FFH-Wanderfischgebietes des Rheins eingeschränkt und die Einstiegsmasse von Fischen, die aus Oberstrom der Mainmündung in den Main einsteigen reduziert bzw. behindert. Auch stellt der Floßhafen derzeit keine maintypische Gelegezone dar. Da in den nicht verlandeten Bereichen durch Sedimentation eine natürliche Gewässersohle nicht vorhanden ist, hat der Floßhafen für Fische und sonstige Wasserlebewesen nur eine geringe Lebensraumfunktion.

Diese Sachlage sowie die Zielsetzung zum Erhalt und Erhöhung der biologischen Vielfalt machen es erforderlich, Untersuchungen in Auftrag zu geben, wie dies im Bereich des Floßhafens erreicht werden kann.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über die Vergabe von Fachgutachten klären zu lassen, welche Varianten für die ökologische Aufwertung des Floßhafens Kostheim in Frage kommen.

8. 12-F-03-0001

Energieausweise

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.01.2012

Energieausweise sind seit dem 1. Juli 2009 Pflicht für große öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindertagesstätten, Ämter, Sozial- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken, Bäder usw.. Dieses schreibt die Energieeinsparverordnung (EnEV) vor. Die Stadt ist nach EU-Richtlinie verpflichtet, ihre Gebäude mit öffentlichen Energieausweisen auszustatten. Dies gilt für Gebäude mit mehr als 1000 Quadratmetern Nutzfläche, in denen Behörden und sonstige Einrichtungen für eine große Anzahl von Menschen öffentliche Dienstleistungen erbringen und die deshalb von diesen Menschen häufig aufgesucht werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 12.02.2009 einstimmig die Vorlage (Nr. 08-V-64-0005) beschlossen, Energieausweise für die Liegenschaften der LH Wiesbaden zu erstellen.

Von 2012 an gilt diese Verpflichtung auch für öffentliche Gebäude ab einer Größe von 500 Quadratmetern; ab spätestens 2015 auch für welche ab einer Größe von 250 Quadratmetern.

Der Magistrat wird gebeten, die nachstehenden Fragen zu beantworten:

- 1) Welche öffentlichen Gebäude der Stadt Wiesbaden wurden bereits mit einem Energieausweis ausgestattet?
- 2) Wurden bereits Gebäude erfasst, für die ein solcher Ausweis noch erforderlich ist?
- 3) Für welche Gebäude wurde bzw. wird der Energiebedarf zur Grundlage genommen und für welche der Energieverbrauch?
- 4) Sind genügend personelle Kapazitäten vorhanden, die Richtlinien umzusetzen?
- 5) Wie wird die Umsetzung der EU-Richtlinie kontrolliert und welche Konsequenzen hat eine Nichteinhaltung?

9. 12-F-03-0002

Umbau der Friedrich-Ebert-Allee

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.01.2012

Das Grünflächenamt der Landeshauptstadt Wiesbaden plant, in den kommenden Wochen mit dem Umbau der Friedrich-Ebert-Allee zu beginnen. Die vorhandenen Bäume werden abschnittsweise gefällt. Begonnen wird an den Rhein-Main-Hallen.

Im Fall eines Neubaus der Rhein-Main-Hallen am alten Standort muss eine grundwasserschonende Bauweise zum Einsatz kommen, da eine Grundwasserabsenkung die Neupflanzung gefährdet.

Bei der Fällung sollen Belange des Artenschutzes ausreichend berücksichtigt werden.

Die Entwicklung eines vitalen neuen Baumbestandes muss durch geeignete Maßnahmen gefördert werden.

Der Umweltausschuss möge beschließen:

a) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob und wann ein Artenschutz-Monitoring in der Friedrich-Ebert-Allee stattgefunden hat, durch wen dieses durchgeführt wurde und welche Maßnahmen ergriffen wurden.

b) Der Magistrat möge beschließen:

1. Der „Umbau“ der Friedrich-Ebert-Allee wird insgesamt auf einen Zeitpunkt verschoben, an dem Klarheit über den Standort der neuen Rhein-Main-Hallen herrscht.

Ist dies nicht möglich, muss die Reihenfolge der Abschnitte getauscht werden. Es muss dann an der Lessingstraße mit dem „Umbau“ begonnen werden.

2. Aus gestalterischen und aus Artenschutzgründen soll der zeitliche Abstand zwischen den Fällungen der einzelnen Alleenabschnitte 3-4 Jahre betragen.

3. Folgende Maßnahmen werden umgesetzt, um die Bedingungen für die Jungbäume zu verbessern und damit die Langlebigkeit der neuen Allee zu fördern:

- a. Aushub eines durchgehenden Pflanzgrabens für den gesamten Alleenabschnitt und der Einsatz von Wurzelbrücken im Bereich der Parkplätze
- b. Ausreichende Bewässerung in allen Bedarfssituationen, nicht nur in den ersten Standjahren
- c. Einbau von Streusalzbarrieren

10. 12-F-08-0005

Kampagne -fleischfreier Donnerstag
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.01.2012

Im Hinblick auf die Klimaziele ist auch Wiesbaden vor einem Jahr der Kampagne „Fleischfreier Donnerstag“ beigetreten. Nach einem Jahr möchten wir wissen, wie die Kampagne in Wiesbaden angenommen wurde.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Welche Erfahrungen wurden im letzten Jahr mit dem fleischfreien Donnerstag gemacht?
2. Wie viele Kitas und Schulen haben daran teilgenommen?
3. Wie viele Restaurants haben insgesamt daran teilgenommen?
4. Ist eine Wiederholung oder Wiederaufnahme der Kampagne angezeigt?
5. Wie hoch waren die für die Kampagne eingesetzten Mittel in 2011?
6. Gibt es Rückmeldungen aus den teilnehmenden Restaurants?
7. Warum ist das Wiesbadener Rathaus nicht mit gutem Beispiel vorangegangen und hat im Bistro an der Kampagne teilgenommen?

11. 11-F-08-0076

Gebühren der Wasserversorgung
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 23.11.2011
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0130 vom 29.11.2011

ANLAGE

12. 11-V-61-0040

DL 37/11-14

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach - Feststellungsbeschluss -

13. **11-V-61-0041** **DL 37/11-15**

Bebauungsplan "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach - Satzungsbeschluss-

14. **11-V-61-0039** **DL 02/12-3**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgungszentrum Anne-Frank-Straße/Goerdelerstraße" im Ortsbezirk Klarenthal in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **11-V-10-0027** **DL 37/11-1**

Anschaffung von Elektrofahrzeugen

2. **11-V-20-0069** **DL 37/11-2**

Investitionscontrolling 3. Quartal 2011

3. **11-V-66-0232** **DL 37/11-18**

Öffentliche Straßenbeleuchtung - Austausch von Leuchten gegen energiesparende Natriumdampf-Hochdruckleuchten

4. **11-V-70-0011** **DL 37/11-19**

Wirtschaftsplan 2012/2013 und Mittelfristplanung 2014/2015 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

5. **11-V-36-0018** **DL 37/11-3 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 24.11.2011

6. 11-V-36-0009

Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt 2011

ANLAGE

7. 12-V-36-0002

DL 02/12-5

Alte Deponie Mainzer Straße - Herstellung einer geordneten Deponieabdeckung durch Rückbau der stillgelegten Gasbrunnen

8. 12-V-36-0003

DL 02/12-6

Optimierung der Grundwassersanierung;
Omnibusbetriebshof Gartenfeldstraße 18 in Wiesbaden

9. 12-V-36-0001

DL 02/12-2 NÖ

Geschäftsführung der Klimaschutzagentur Wiesbaden

10. 11-F-03-0037

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0078, Ziffer 2 vom 20.09.2011

ANLAGE

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender